

Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 13. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 81).
Vom 31. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

In der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 13. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 81) erhält § 4 Absatz 3 a, erster Satzteil, folgende Fassung:

„Halber von Pferden und anderen Einhufern zur Fütterung Hafer, nach dem Durchschnitt von anderthalb Kilogramm für jeden Einhufer auf den Tag berechnet, verwenden“.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.
Berlin, den 31. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Bekanntmachung über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 27). Vom 31. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

In der Bekanntmachung über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 27) sind folgende Aenderungen vorzunehmen:

- Im § 1 Abs. 1 erhält Nr. 5 folgende Fassung:
„Brotabfälle und Brot, die zur menschlichen Ernährung geeignet sind“.
- Im § 1 erhält Abs. 2 folgende Fassung:
„Hafer (Nr. 1, 2), der einem Halber von Einhufern nach § 8 Abs. 2 a und § 23 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 13. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 81) überlassen ist, kann an Einhufer, ferner an Kälber und Lämmer, sowie an Spann- und Zuchttiere verfüttert werden.“
- Im § 2 erhält Abs. 2 folgende Fassung:
„Das Quetschen, Schrotten oder sonstige Zerkleinern von Hafer für Futtermittel ist nach Maßgabe von § 1 Abs. 2 gestattet.“
- § 4 fällt weg.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.
Berlin, den 31. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Durch die beiden vorstehenden Verordnungen des Bundesrats vom 31. März sind die Verordnungen über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 13. Februar und über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot vom 21. Januar dieses Jahres hinsichtlich der Haferverfütterung geändert worden. Eine solche Verfütterung soll künftig nicht mehr, wie bisher, nur an Einhufer zulässig sein; vielmehr sollen Halber von Einhufern befugt sein, die ihnen nach § 4 Absatz 3 a und nach § 8 Absatz 2 a der Verordnung vom 13. Februar zur Verfütterung an diese Einhufer freigegebenen Hafermengen — von 1½ kg täglich beziehungsweise von 300 kg bis zur nächsten Ernte — künftig statt an ihre Pferde, auch an ihre Kälber, Lämmer, Spann- und Zuchttiere zu verfüttern. Eine Erhöhung des freigegebenen Haferquantums tritt dadurch nicht ein; dies bemittelt sich nach wie vor nur nach der Zahl der Einhufer.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Speisekartoffeln vom 15. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 95).
Vom 31. März 1915.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516), hat der Bundesrat folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

In der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Speisekartoffeln vom 15. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 95) werden folgende Aenderungen vorgenommen:

- Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:
„Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen.“
- Im § 5 Abs. 1 erhält Satz 2 folgende Fassung:
„Sie gelten ferner nicht für Salatkartoffeln und nicht für solche Kartoffeln, welche laut ortspolizeilicher Bescheinigung in Mistbeeten gezogen sind und vor dem 15. Juni 1915 geerntet und verkauft werden.“
- Im § 5 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
„Die Höchstpreise gelten bis zum 25. April 1915 einschließlich nicht für Saatkartoffeln. Als Saatkartoffeln gelten nur Kartoffeln, die aus Saatgutwirtschaften stammen, die von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft oder von landwirtschaftlichen amtlichen Vertretungen anerkannt sind.“

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.
Berlin, den 31. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus.

Nachstehende Bekanntmachungen werden veröffentlicht.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung

Betreffend den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus. Vom 26. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Behörde kann den Ausschank und den Verkauf von Branntwein oder Spiritus ganz oder teilweise verbieten oder beschränken; sie kann auch Bestimmungen über die Größe und Beschaffenheit der zum Ausschank oder zum Verkaufe dienenden Gefäße und Flaschen erlassen und Mindestpreise vorschreiben.

§ 2. Ausschank- und Verkaufsräumlichkeiten, die ausschließlich dem Ausschank oder Verkauf von Branntwein oder Spiritus dienen, müssen in Zeiten, in denen der Ausschank oder der Verkauf auf Grund des § 1 verboten ist, geschlossen gehalten werden. Räumlichkeiten, die vorzugsweise diesem Ausschank oder Verkauf dienen, können durch Anordnung der Polizeibehörde für die Zeiten eines Verbots geschlossen werden.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft, wer der Vorschrift im § 2 Satz 1 oder den auf Grund der §§ 1, 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.

§ 4. Zeigen sich Inhaber oder Betriebsleiter von Betriebs- und Verkaufsräumlichkeiten in Befolgung der Pflichten unzuverlässig, die ihnen durch diese Verordnung und die dazu erlassenen Bestimmungen auferlegt sind, so kann die Polizeibehörde die Geschäfte schließen und die Vorräte einziehen.

§ 5. Gegen Verfügungen der Polizeibehörde (§§ 2, 4) ist Beschwerde zulässig, sie hat keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet die Aufsichtsbehörde endgültig.

§ 6. Die Landeszentralbehörde bestimmt, wer als Polizeibehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 26. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung

Betreffend den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus. Vom 1. April 1915.

Im Sinne der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. März 1915, betreffend den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus, sind anzusehen:

- als Landeszentralbehörde das Groß-Ministerium des Innern,
- als Polizeibehörde die Groß-Kreisämter.

Darmstadt, den 1. April 1915.

Großherzogl. Ministerium des Innern.

v. Domborg.

Dräger.

Bekanntmachung.

Betr.: Bereitung von Backwaren.

Nachdem der Bundesrat in seiner Sitzung vom 31. März l. J. verschiedene Änderungen der Verordnung über das Bereiten von Backwaren beschlossen hat, wird nachstehend die neue Verordnung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, wobei auf die geänderten Vorschriften in den §§ 4, 5 und 9 ausdrücklich hingewiesen sei.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ujinger.

Bekanntmachung

der Fassung der Bekanntmachung über die Bereitung von Backwaren. Vom 31. März 1915.

Auf Grund des Artikels 2 der Bekanntmachung vom 31. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 203), betreffend Änderung der Bekanntmachung über die Bereitung von Backwaren vom 5. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 8), wird die Fassung der Bekanntmachung über die Bereitung von Backwaren nachstehend bekanntgemacht.

Berlin, den 31. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delb r ü ck.

Bekanntmachung über die Bereitung von Backwaren.

§ 1. Als Roggenbrot im Sinne dieser Verordnung gilt jede Backware, mit Ausnahme des Kuchens, zu deren Bereitung mehr als dreißig Gewichtsteile Roggenmehl auf siebzig Gewichtsteile an anderen Mehlen oder mehllartigen Stoffen verwendet werden.

Als Weizenbrot im Sinne dieser Verordnung gilt, abgesehen von dem Falle des § 5 Abs. 4 Satz 2, jede Backware, mit Ausnahme des Kuchens, zu deren Bereitung Weizenmehl verwendet wird.

Als Kuchen im Sinne dieser Verordnung gilt jede Backware, zu deren Bereitung mehr als zehn Gewichtsteile Zucker auf neunzig Gewichtsteile Mehl oder mehllartiger Stoffe verwendet werden.

§ 2. Bei der Bereitung von Brot dürfen ungemischtes Weizenmehl, Weizen- und Roggenauszugsmehle nicht verwendet werden.

§ 3. Bei der Bereitung von Weizenbrot muß Weizenmehl in einer Mischung verwendet werden, die dreißig Gewichtsteile Roggenmehl unter hundert Teilen des Gesamtgewichts enthält; der Weizengehalt kann bis zu vierzig Gewichtsteilen durch Kartoffelstärke- oder andere mehllartige Stoffe ersetzt werden.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können vorübergehend im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses gestatten, daß Weizenmehl (Abs. 1) in einer Mischung verwendet wird, die weniger als dreißig Gewichtsteile Roggenmehl unter hundert Teilen des Gesamtgewichts enthält, sowie daß an Stelle des Roggenmehlsatzes Kartoffel- oder andere mehllartige Stoffe verwendet werden.

§ 4. Die Vorschriften des § 3 gelten nicht für reines Weizenbrot, das aus Weizenmehl bereitet ist, zu dessen Herstellung der Weizen bis zu mehr als dreihundneunzig vom Hundert durchgemahlen ist.

§ 5. Bei der Bereitung von Roggenbrot muß auch Kartoffel verwendet werden.

Der Kartoffelgehalt muß bei Verwendung von Kartoffelsoden, Kartoffelstarkmehl oder Kartoffelstärke- oder Kartoffelstarkmehl mindestens zehn Gewichtsteile auf neunzig Gewichtsteile Roggenmehl betragen. Werden gequetschte oder geriebene Kartoffeln verwendet, so muß der Kartoffelgehalt mindestens dreißig Gewichtsteile auf neunzig Gewichtsteile Roggenmehl betragen.

Roggenbrot, zu dessen Bereitung mehr Gewichtsteile Kartoffel verwendet sind, muß mit dem Buchstaben „K“ bezeichnet werden. Werden mehr als vierzig Gewichtsteile Kartoffelsoden, Kartoffelstarkmehl oder Kartoffelstärke- oder werden mehr als vierzig Gewichtsteile gequetschte oder geriebene Kartoffeln verwendet, so muß das Brot mit den Buchstaben „KK“ bezeichnet werden.

Zur Bereitung von Roggenbrot darf Weizenmehl nicht verwendet werden. Die Landeszentralbehörden können aus besonderen Gründen zulassen, daß das Roggenmehl bis zu dreißig Gewichtsteilen durch Weizenmehl ersetzt wird.

Statt Kartoffel können Bohnenmehl, auch Sojabohnenmehl, Erbsenmehl, Gerstenschrot, Gerstenmehl, Hafermehl, fein vermahlene Kleie, Maismehl, Maniok- und Tapiokamehl, Reismehl, Sago- oder in derselben Menge wie Kartoffelsoden verwendet werden; in gleicher Weise kann Sirup oder Zucker verwendet werden, jedoch nur bis zur Höhe von fünf Gewichtsteilen auf fünfundneunzig Gewichtsteile Mehl oder Mehlerzeugnisse.

§ 6. Die Bestimmungen des § 5 gelten nicht für reines Roggenbrot, das aus Roggenmehl bereitet ist, zu dessen Herstellung der Roggen bis zu mehr als dreihundneunzig vom Hundert durchgemahlen ist.

§ 7. Die Landeszentralbehörden können bestimmen, daß Roggenbrot nur in Stücken von bestimmten Formen und Gewichten bereitet wird.

§ 8. Bei der Bereitung von Kuchen darf nicht mehr als die Hälfte des Gewichts der verwendeten Mehle oder mehllartigen Stoffe aus Weizen bestehen.

§ 9. Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Backwaren dienen, sind in Bäckereien und Konditoreien, auch wenn diese nur einen

Nebenbetrieb darstellen, in der Zeit von sieben Uhr abends bis sieben Uhr morgens verboten.

Die höheren Verwaltungsbehörden können Beginn und Ende der zwölf Stunden, auf die sich dieses Verbot erstreckt, für ihren Bezirk oder für einzelne Orte im Falle dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit der Maßgabe anders festsetzen, daß die Arbeit nur in ständigen Verhältnissen vor sechs Uhr morgens beginnen darf. Sie können in Notfällen oder im öffentlichen Interesse, insbesondere zur Befriedigung plötzlich auftretenden Bedarfs der Seeresverwaltungen oder der Marineverwaltung, Ausnahmen zulassen.

§ 10. Roggenbrot von mehr als fünfzig Gramm Gewicht darf erst vierundzwanzig Stunden nach Beendigung des Backens aus den Bäckereien und Konditoreien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, abgegeben werden.

§ 11. Die Verwendung von backfähigem Mehl als Streumehl zur Isolierung des Teiges ist in Bäckereien und Konditoreien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, verboten.

§ 12. Diese Vorschriften gelten auch, wenn der Teig von einem anderen als dem Hersteller ausgeben wird, sowie wenn Backwaren von Konsumentenvereinigungen für ihre Mitglieder bereitet wird.

§ 13. Die Beamten der Polizei und die von der Polizei beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Räume, in denen Backwaren bereitet, aufbewahrt, feilgehalten oder verpackt wird, jederzeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen, auch nach ihrer Auswahl Proben zum Zwecke der Untersuchung gegen Empfangsbefätigung zu entnehmen.

§ 14. Die Unternehmer von Betrieben, in denen Backwaren hergestellt oder gelagert wird, sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse, über den Umfang des Betriebs und über die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe, insbesondere auch über deren Menge und Herkunft, zu erteilen.

§ 15. Die Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzeswidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, welche durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu verpflichten.

§ 16. Bäcker, Konditoren und Verkäufer von Backwaren haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Verkaufs- und Betriebsräumen auszuhängen.

§ 17. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 18. Mit Geldstrafe bis zu eintaufendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft:

1. wer den Vorschriften der §§ 2, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 16 oder den auf Grund der §§ 3, 7, 9 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
2. wer wissentlich Backwaren, die den Vorschriften der §§ 2, 3, 5, 8 oder den auf Grund der §§ 7, 9 erlassenen Bestimmungen zuwider bereitet ist, verkauft, feilhält oder sonst in den Verkehr bringt;
3. wer den Vorschriften des § 15 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält;
4. wer den nach § 17 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

In dem Falle der Nr. 3 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

§ 19. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer den Vorschriften des § 13 zuwider den Eintritt in die Räume, die Besichtigung, die Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen oder die Entnahme einer Probe verweigert;
2. wer die in Gemäßheit des § 14 von ihm erforderliche Auskunft nicht erteilt oder bei der Auskunftserteilung wissentlich unwahre Angaben macht.

§ 20. Diese Verordnung gilt nicht für Backwaren, die aus dem Ausland eingeführt wird, und nicht für Zwieback, der für Rechnung der Seeres- und Marineverwaltung hergestellt wird.

Sie gilt ferner nicht für Erzeugnisse, die bei religiösen Handlungen verwendet werden.

§ 21. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Bekanntmachung

betreffend Ausführung der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl.

Vom 12. April 1915.

Zu § 9 der Verordnung wird hiermit das Nachstehende bestimmt:

Der Besitzer von Vorräten, die nach dem 1. Februar 1915 ausgedroschen sind, hat das Ergebnis des Erdruschs bis zum 20. April dieses Jahres dem Gemeindevorstand anzuzeigen. Diese Vorschrift

ist unter Hinweis auf die Strafbestimmungen der Verordnung sofort ortsüblich bekannt zu machen.

Der Gemeindevorstand hat auf Grund der Anzeige die Berichtigung mit roter Tinte einzutragen und — soweit dies noch nicht geschehen ist — die Angaben über das Saatgut auf Seite 2 der Anzeigevordrucke aufzunehmen und für die Gemeinde zusammenzustellen.

Der Gemeindevorstand hat eine hiernach berichtigte Ortsliste, in die auch die Zusammenstellung über das Saatgut aufzunehmen ist, bis zum 25. April d. J. mit dem gesamten Anzeigematerial dem Kreisamt einzureichen, das mit der Nachprüfung der Anzeigen und Berichtigung der Kreislisten beauftragt wird.

Das Ergebnis ist unter Angabe der für den Kreis erforderlichen Saatgutmenge an Sommerroggen und Sommerweizen bis zum 5. Mai d. J. durch das Kreisamt der Großh. Zentralfstelle für Landesstatistik mitzuteilen; Abschrift ist unserer Abteilung für Handel, Landwirtschaft und Gewerbe einzureichen.

Die Großh. Zentralfstelle wird mit der Aufrechnung der Kreislisten beauftragt und hat das Ergebnis alsbald der Reichsverteilungsstelle in Berlin W. 10, Bülowufer 8, nach Kommunalverbänden getrennt, unmittelbar mitzuteilen.

Bis zum 15. Mai d. J. haben die Gemeindevorstände dem Kreisamt anzuzeigen, ob die von den Landwirten zurückgehaltenen Saatformengen in vollem Umfang zur Saat verbraucht sind. Erhöhte Mengen sind an die vom Kreisamt zu bestimmende Stelle zur Verfügung der Kriegsgetreidegesellschaft bzw. des Kommunalverbandes abzuliefern.

Darmstadt, 12. April 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Hombergf.

Krämer.

Betr.: Den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, die in dem 2. Absatz vorstehender Bekanntmachung vorgeschriebene ortsübliche Veröffentlichung sofort vornehmen zu lassen und empfehlen dringend, die für Ihre Berichterstattung vorgeschriebenen Fristen pünktlich einzuhalten.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Verteilung von Futtermitteln.

An die örtlichen Ausführungsstellen.

Die Stellen, die gemäß dem Ausschreiben der Verteilungsstellen für Futtermittel in Darmstadt vom 24. März d. J. den Bedarf an Kleie und zuderhaltigen Futtermitteln bei der Zentralgenossenschaft der hessischen landwirtschaftlichen Konsumvereine in Darmstadt noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dies umgehend zu tun, da sonst die Viehbesitzer der betreffenden Gemeinden die genannten Futtermittel nicht sofort, sondern erst später erhalten können. In den Gemeinden, in denen eine Genossenschaft als örtliche Ausführungsstelle bestimmt ist, mögen die Großh. Bürgermeistereien sich vergewissern, ob die Anmeldung erfolgt ist.

Gießen, den 15. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Den Erlaß eines Gesetzes über die Wertzuwachssteuer.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Nach § 1 Absatz 4 Biffer 1 des Reichsgesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 ist in entschädigungsberechtigten Gemeinden (Gemeindeverbänden) der im § 60 Abs. 1 des Reichszuwachssteuergesetzes bezeichneten Art bis zum 1. April 1915 der auf das Reich entfallende Anteil zugunsten der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) weiter erhoben worden. Diese Vorschrift bleibt nach dem nachstehend abgedruckten Gesetz, die Wertzuwachssteuer betreffend, vom 31. März 1915 bis auf weiteres in Kraft, soweit eine Ortsatzung sie nicht außer Kraft setzt.

Gießen, den 12. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Gesetz, die Wertzuwachssteuer betreffend.

Vom 31. März 1915.

Ernst Ludwig von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein usw. usw.

Wir haben uns bewogen gefunden, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände auf Grund des § 1, Absatz 5 des Reichsgesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 (Reichsgesetzblatt S. 521) zu verordnen, was folgt:

Artikel 1.

Die Vorschrift des § 1, Absatz 4, Biffer 1 des Reichsgesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 (Reichsgesetzblatt S. 521) bleibt für das Großherzogtum Hessen in Kraft, soweit eine Ortsatzung sie nicht außer Kraft setzt.

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1915 in Kraft.

Es tritt außer Kraft mit dem Ablauf von zwei Jahren von dem auf die Aufhebung des gegenwärtigen Kriegszustandes folgenden 1. April an gerechnet.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Großherzoglichen Siegels.

Darmstadt, den 31. März 1915.

Ernst Ludwig.

(L. S.)

v. Hombergf. Braun.

Betr.: Den Artikel 58 Absatz 2 des Gemeindeumlagegesetzes. An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf den letzten Absatz unseres Ausschreibens vom 22. Dezember v. J., betr. die Gemeindevoranschläge für 1915 (Kreisblatt Nr. 81), setzen wir Sie davon in Kenntnis, daß durch Gesetz vom 31. März d. J. Artikel 58 Abs. 2 des Gesetzes, die Gemeindeumlagen betreffend, vom 8. Juli 1911 für die Dauer des gegenwärtigen Krieges außer Kraft gesetzt worden ist. Der genannte Artikel lautet:

„Ueber die Aufbringung des Steuerbedarfs hat die Gemeinde bei Aufstellung des Gemeindevoranschlags Beschluß zu fassen.“

Kommt bis zu dem dem Rechnungsjahr, für das die Veranlagung erfolgt, vorausgehenden 31. März ein gültiger Beschluß nicht zustande, so wird die Einkommensteuer mit dem gleichen Ausschlag wie im vorhergehenden Steuerjahr zu den Gemeindeumlagen herangezogen.“

Der späteren Festsetzung des Verteilungsmaßstabes für die Gemeindeumlagen für 1915 stehen daher rechtliche Bedenken nicht im Wege.

Gießen, den 10. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Feldfrüchteverfahren.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Feldfrüchtereigister sind bis spätestens zum 26. d. Mts. an die Herren Amtsanwälte einzusenden. Einhaltung des Termines wird Ihnen zur Pflicht gemacht.

Gießen, den 10. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Wasserversorgung Altröthhausen.

Die Kreisstraßenortsbuchfahrt in Altröthhausen wird wegen Vornahme von Wasserleitungsarbeiten für die Zeit vom 19. bis 28. April d. J. für jeden Verkehr gesperrt.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Verteilung von Kleie und zuderhaltigen Futtermitteln.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 25. März d. J. (Kreisblatt Nr. 29) bringen wir zur Kenntnis der Interessenten, daß die örtliche Ausführungsstelle in Deuchelheim nunmehr die Großh. Bürgermeisterei dortselbst ist.

Gießen, den 15. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
F. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

betreffend Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der An- gestelltenversicherung. Vom 18. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Die auf Militärdienstzeiten bezüglichen Vorschriften des § 51 Nr. 1, 2, § 54 Abs. 1 des Versicherungsverfallgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 (Reichsgesetzbl. S. 989) gelten entsprechend für Militärdienstzeiten, die während des gegenwärtigen Krieges in österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegt worden sind oder noch werden.

Berlin, den 18. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Deßbrück.

Bekanntmachung.

betreffend Regiebauarbeiten; hier: Einreichung der Nachweisung.

Regiebauarbeiten sind Arbeiten, die Leuten übertragen werden, die sich bei der Hess.-Raff. Baugewerkschaftsgenossenschaft nicht angemeldet haben oder von ihr nicht als gewerksmäßige

Unternehmer angesehen werden. In diesen Fällen haben die Bauherren (Auftraggeber) die Unfallversicherung zu regeln, d. h. sie gelten als Unternehmer und haben allmonatlich auf vorgeschriebenem Formular (von der Section VI in Gießen zu beziehen) eine Nachweisung über die beschäftigten Arbeiter sowie deren Tagewerk und verdienten Lohn bei der Großh. Bürgermeisterei einzureichen, die sie an uns weitergeben wird. Desgleichen ist eine Nachweisung einzureichen, wenn eine Bauarbeit durch eigene Söhne, Verwandte, Knechte usw. ausgeführt wird. Als Bauarbeit wird auch die Anfuhr von Baumaterial zu eigenen Bauzwecken angesehen. Ist der Unternehmer (Bauherr) einer Bauarbeit im Zweifel darüber, ob er einen Nachweis einzureichen hat, so wird ihm empfohlen, die Einreichungsfrist nicht unbenuzt verstreichen zu lassen, um nicht von den Nachteilen einer vorzulegenden Nachweisung sich ergebenden Nachteilen betroffen zu werden. Hierbei bleibt es ihm unbenommen, in der Spalte „Bemerkungen“ des Formulars die Gründe anzugeben, aus denen er seine Verpflichtung zur Einreichung eines Nachweises bezweifelt. Unternehmer, die ihren Pflichten zur Einreichung der Nachweise nicht rechtzeitig nachgekommen, können mit einer Ordnungsstrafe bis zu 300 Mark belegt werden, auch kann gegen Unternehmer Ordnungsstrafe bis zu 500 Mark verhängt werden, wenn die eingereichten Nachweise unrichtige Angaben enthalten. (§§ 908 und 909 der Reichsversicherungsordnung.)

Gießen, den 12. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.

J. B.: Dehler.

Betr.: Wie vorher.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehende Bekanntmachung teilen wir Ihnen zur Kenntnisnahme mit. Damit die Bauherren vor Strafen und Nachteilen bewahrt bleiben, empfehlen wir Ihnen, sie jeweils entsprechend zu verständigen. Die bei Ihnen eingehenden Nachweise sind uns alsbald vorzulegen. Auf die Bekanntmachung im Kreisblatt Nr. 8 von 1913 wird Bezug genommen.

Gießen, den 12. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.

J. B.: Dehler.

Betr.: Statistische Nachweisungen über das Volksschulwesen.

An die Schulvorstände des Kreises.

Mit nächster Post übersenden wir Ihnen je ein Erhebungsformular für den oben bezeichneten Zweck und sehen dessen Wiedereinsendung nach Vollzug der zu machenden Angaben bis spätestens 15. Mai l. J. entgegen.

Gießen, den 9. April 1915.

Großherzogliche Kreiskommission Gießen.

J. B.: Dehler.

Bekanntmachung.

Betr.: Pferdeinfluenza.

In der Beschäftigung der Stadt ist die Pferdeinfluenza ausgebrochen. Die Station ist bis auf weiteres gesperrt.

Gießen, den 15. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Meldepflicht der unausgebildeten Landsturmpflichtigen.

Die noch nicht gemusterten unausgebildeten Landsturmpflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, sich beim Beziehen in einen anderen Bezirk bei den Bürgermeistereien binnen 3 Tagen an- und abzumelden. Die Meldungen sind zur Vertichtigung der Landsturmrollen erforderlich. Die im Bezirk des 18. Armee-Korps noch nicht militärpflichtigen Landsturmpflichtigen unter 20 Jahren unterliegen nicht der An- und Abmeldung.

Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die bereits ausgehobenen unausgebildeten Landsturmpflichtigen unter militärischer Kontrolle stehen; diese sind verpflichtet, sich innerhalb 48 Stunden bei dem Bezirksfeldwebel an- und abzumelden. Versäumnung der Meldepflicht ist strafbar.

Gießen, den 13. April 1915.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Betr.: Wie oben.

An den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Auf obige Bekanntmachung weise ich hin und empfehle, alle An- und Abmeldungen von noch nicht ausgehobenen unausgebildeten Landsturmpflichtigen mir sofort mitzuteilen.

Die Mitteilung muß alle für die Landsturmrolle erforderlichen Angaben enthalten.

Gießen, den 13. April 1915.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Sperrung des Bechlarer Weges.

Die unterm 3. September 1914 von uns angeordnete Sperrung des Bechlarer Weges, vom veterinär-med. Institut bis zu den Eisenbahnwohnhäusern, wird hiermit aufgehoben.

Gießen, den 12. April 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Sonntagsruhe in den Apotheken.

Am Sonntag, den 18. l. Mts. von nachmittags 3 Uhr bis Montag, den 19. l. Mts. früh ist die Pelikanapotheke geöffnet.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Monatl. Uebersicht der Todesfälle in der Stadt Gießen.

Monat März 1915.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32900 (inkl. 1800 Mann Militär).

Esterlichkeitsziffer: 20,76 ‰

Nach Abzug von 24 Ortsfremden 12,00.

Es starben an	Zahl	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	2 (1)	—	2 (1)	—
Altersschwäche	4	—	—	—
Kindbettfieber	2 (2)	2 (2)	—	—
anderen Folgen der Geburt	1 (1)	1 (1)	—	—
Scharlach	1	—	—	1
Diphtherie	2 (2)	—	—	2 (2)
Keuchhusten	2 (1)	—	2 (1)	—
Windinfektion	1 (1)	1 (1)	—	—
Tuberkulose	3	1	—	2
Lungenentzündung	12 (3)	3 (1)	5 (2)	4
anderen Lungenkrankheiten	1	—	1	—
Krankheiten des Herzens	7 (2)	7 (2)	—	—
Gehirn- und Nervenkrankheiten	2 (1)	1	—	1 (1)
Darmkrankheiten	1	—	—	1
Blinddarmentzündung	1 (1)	1 (1)	—	—
Nierenkrankheiten	1 (1)	1 (1)	—	—
Krebs	10 (8)	10 (6)	—	—
Selbstmord	1 (1)	1 (1)	—	—
Vermürdung	2 (1)	2 (1)	—	—
sonstigen Krankheiten	1	1	—	—
Summa:	57 (24)	36 (17)	10 (4)	11 (3)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Märkte.

1. Frankfurt a. M. Vieh- und Marktbericht vom 15. April. Auftrieb: Rinder 166 (Ochsen 2, Bullen 4, Kühe und Färsen 170), Rälber 910, Schafe 131, Schweine 769. Preise für 100 Pfd.

Tendenz: Rälber und Schafe ruhig, Lebend- Schlachtgewicht; Schweine gedrückt.

Rälber	Mr.	Mr.
Feinste Mastfälscher	65—66	108—110
Mittlere Mast- und beste Saugfälscher	60—64	100—107
Geringere Mast- und gute Saugfälscher	55—58	93—98
Schafe		
Mastlämmer und jüngere Masthammel	49—51	106—110
Ältere Masthammel, gut gedrehte junge		
Schafe und geringere Mastlämmer	38—40	90—99
Schweine		
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	95.00—100	105.00—112.00
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	75.00—90.00	95.00—102.00

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

April 1915	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Grad der Bewölkung in Prozent der Beob. Himmelshöhe	Wetter
15. 2 ^h	750,7	13,1	6,2	55	NNE	2	3	Sonnenschein
15. 6 ^h	751,7	11,6	6,6	65	W	2	8	Bew. Himmel
16. 7 ^h	758,1	8,2	6,3	77	W	2	0	Sonnenschein
Höchste Temperatur am 14. bis 15. April 1915 = + 14,3° C.								
Niedrigste „ „ 14. „ 15. „ 1915 = + 2,7° „								